

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
18. Wahlperiode

Drucksache 18/
21.05.2012

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Gutachten durch GeoInformation

GeoInformation ist das Landesamt für Kataster, Vermessung, Immobilienbewertung und Informationssysteme in Bremen. In der Vergangenheit hat das Amt zahlreiche Umstrukturierungen erfahren. 2011 wurde der vormalige Landeseigenbetrieb schließlich in ein Landesamt zurückgeführt. Das Landesamt stellt seine Dienste sowohl den Bürgern, der Wirtschaft, der Verwaltung als auch den Gerichten zur Verfügung. Insbesondere ist auch die Finanzverwaltung auf die Dienste des Landesamtes angewiesen, da sie seit der Erbschafts- und Schenkungssteuerreform vom 01.01.2009 Verkehrswerte ermitteln muss.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Grundstücke wurden jeweils in den Jahren 2009 bis 2011 vererbt?
2. Wie hoch waren die Erbschaftssteuereinnahmen jeweils in den Jahren 2009 bis 2011?
3. Wie werden die Verkehrswerte von Grundstücken, die der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterliegen, seit dem 01.01.2009 ermittelt?
4. Wie und in welchem Umfang wird in diesem Zusammenhang auf Daten und Gutachten des Gutachterausschusses für Grundstückswerte zurückgegriffen?
5. Für wie viele Grundstücke wurden jeweils in den Jahren 2009 bis 2011 Gutachten von GeoInformation erstellt?
6. Wie lange hat die Wertermittlung durch GeoInformation jeweils in den Jahren 2009 bis 2011 durchschnittlich gedauert?
7. Gegen wie viele Erbschaftssteuerbescheide wurde in diesem Zeitraum Einspruch erhoben und in wie vielen Fällen waren fehlende Gutachten Ursache für den Einspruch?
8. Welche Auswirkungen hatte die Umstrukturierung im Jahr 2011 bei GeoInformation auf die sachgerechte Umsetzung von Gutachten?
9. Wie hoch ist die Anzahl der Fälle, die noch nicht nach dem neuen Recht aus der Erbschafts- und Schenkungssteuerreform bearbeitet wurden?

10. Wie hoch waren die Steuerausfälle aus der Erbschaftssteuer, weil Daten oder Gutachten von GeoInformation nicht vorlagen?
11. Welche Erkenntnisse hat der Senat durch den von der Arbeitsgruppe der Finanzministerkonferenz vorgeschlagenen Praxistest zur Erprobung der drei Modelle zu einer Reform der Grundsteuer für eine Umsetzung im Land Bremen ziehen können?

Frank Imhoff, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU